



www.jochen-ott.de

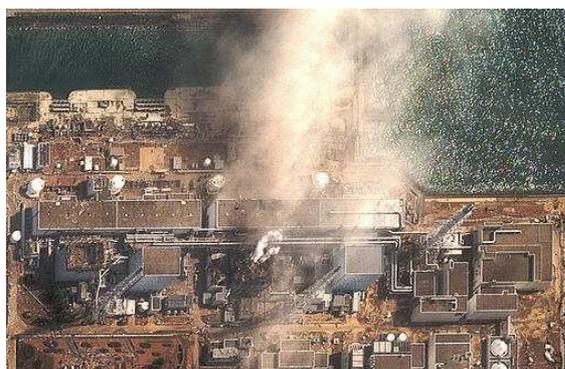
Wahlkreisbrief Nr. 4, März 2011

Jochen Ott berichtet

... aus dem Landtag

Die Welt steht unter Schock:

Die japanische Katastrophe und ihre Folgen



(Foto: dpa, Neue Presse)

Jochen Ott: „Die Kölner SPD ist in Gedanken bei den Opfern und Helfern in Japan und hofft, dass der Einsatz der Mitarbeiter der japanischen Betreiberfirma, die unter Einsatz ihres Lebens versuchen, das Höllenfeuer zu kontrollieren, nicht vergeblich bleibt.“

Die unvorstellbare Katastrophe in den japanischen Atomkraftwerken zeigt 25 Jahre nach dem Super-GAU im sowjetischen Tschernobyl erneut:

Diese Technologie ist unkontrollierbar und die zerstörerischen Folgen übersteigen jede menschliche Vorstellungskraft. Die Vorstellung einer sicheren Nutzung von Atomkraft ist und bleibt eine gefährliche Illusion."

Bisher ist nirgendwo in der Welt die Frage der Endlagerung in verantwortbarer Weise gelöst - auch nicht in Deutschland. Die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken durch die schwarz-gelbe Bundesregierung war und ist ein großer Fehler! Ein Fehler mit einem unabsehbaren Gefährdungspotenzial für alle Menschen in unserem Land.

Auch das angesichts der Katastrophenlage in erstaunlicher Geschwindigkeit aus dem Hut gezauberte Moratorium zeigt keinen echten Lösungswillen, sondern folgt wahltaktischem Kalkül – ohne klare und zeitnahe Perspektive für einen schnellen Ausstieg aus dieser unkalkulierbaren Technologie.

Die schwarz-gelbe Regierung setzt auf „Aussetzen“ – wir fordern „Abschalten!“

Deshalb fordert die KölnSPD alle politisch Verantwortlichen dazu auf

1. die ältesten und gefährlichsten deutschen Atomkraftwerke Biblis A, Biblis B, Brunsbüttel, Neckarwestheim I, Philippsburg I, Isar I, Unterweser und Krümmel endgültig vom Netz zu nehmen.
2. Die Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke muss unverzüglich

gestoppt und zurückgenommen werden. Der Ausstieg muss so schnell wie möglich erfolgen.

3. Die Energiewende muss beschleunigt werden. Das Atomzeitalter ist vorbei. Die Zukunft wird bestimmt von Energieeffizienz, Kraft-Wärme-Kopplung und regenerativen Energien.

Für unsere Stadt Köln heißt das konkret:

Eine verstärkte Nutzung aller regenerativen Energien und die dezentrale Energieversorgung mit Kraftwärmekopplung in einem weiteren Heizkraftwerk in Niehl. Der Motor hierfür ist unser kommunaler Versorger RheinEnergie.

Beim Ersatz alter Heizkessel sollte ein verbindlicher Vorrang für die Fernwärme aus den Kölner Heizkraftwerken festgeschrieben werden. Eine Energie-Allianz zwischen Verwaltung, Stadtplanern, Versorgern, Handwerk, Investoren, Vermietern und Mietern muss in unserer Stadt entstehen, um mit verstärkter finanzieller Förderung des Bundes die Gebäudesanierung und Verbesserung der Heizsysteme voranzutreiben.

Darüber hinaus müssen Programme umgesetzt werden, die mit finanziellen Anreizen und gezielter Information die Anschaffung von Geräten mit geringerem Energieverbrauch fördern. Die KölnSPD unterstützt die Protestbewegung für einen beschleunigten Ausstieg aus der Atomindustrie!

Das Urteil zum Nachtragshaushalt:

Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ist belegbar

Der Verfassungsgerichtshof in Münster hat festgestellt, dass der Nachtragshaushalt 2010 wegen der Überschreitung der Kreditgrenze gegen die Landesverfassung

verstößt. Die SPD-geführte Landesregierung respektiert das Urteil. Dieses muss nun im Detail geprüft werden, um dann die daraus notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen.



Jochen Ott: „Für den Nachtragshaushalt 2010 heißt das in einer ersten Bewertung: Man muss sich nun intensiv anschauen, wie mit den getroffenen Vorsorgemaßnahmen, die vom Gericht kritisiert worden sind, weiter verfahren wird.“

Das betrifft vor allem das Sondervermögen für die Risiken aus der „Bad Bank“ der WestLB mit 1,3 Milliarden Euro, die Rücklage zum Ausgleich konnexitätsrelevanter Kosten beim U3-Ausbau (370 Millionen Euro) und die Rücklage zur Abrechnung der kommunalen Beteiligung an den Einheitslasten (375 Millionen Euro). Für den Haushalt 2011 ergeben sich nach einer ersten Einschätzung zunächst keine direkten Folgen. Denn die Rücklagen des Nachtragshaushalts 2010 sind für den Haushalt 2011 nicht vorgesehen.

Nach Ansicht des Verfassungsgerichts in Münster ist die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts im Nachtragshaushalt 2010 nicht **ausreichend** dargelegt worden. Die Landesregierung hat immer die Auffassung vertreten, dass der reguläre **Stammhaushalt 2010 und der Nachtragshaushalt eine Einheit** bilden. Da die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts noch von der früheren Landesregierung

für den Haushalt 2010 begründet war, ist darauf verzichtet worden, die Störung für den Nachtragshaushalt abermals zu begründen. Es ist zu respektieren, dass das Verfassungsgericht dies anders beurteilt hat.

Wir müssen unverändert davon ausgehen, dass auch 2011 von einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts auszugehen ist. Der Finanzminister hat dies bei der Einbringung des Haushalts in den Landtag ausführlich dargelegt. Zahlreiche andere Bundesländer gehen bei ihren Haushalten für das Jahr 2011 ebenfalls von einer Störungslage aus.

Deshalb wird die Landesregierung im weiteren Haushaltsverfahren die Begründung der Störungslage weiter konkretisieren und damit sicherstellen, dass ein verfassungsfester Haushalt verabschiedet werden kann.

Für jeden ist gerade in diesen Tagen erkennbar, dass wir es weiterhin mit einer sehr unsicheren wirtschaftlichen Situation zu tun haben:

Die Katastrophe in Japan als der drittgrößten Wirtschaftsmacht der Welt mit unabsehbaren Folgen für die weltweite Wirtschaftsentwicklung, die Notwendigkeit, den Euro-Rettungsschirm massiv aufzustocken, und die instabile Lage im arabischen Raum sind unübersehbare Zeichen, dass wir zurzeit keine stabile Wirtschaftslage haben.

Jochen Ott: „Deshalb ist und bleibt für uns das vorrangige Ziel die präventive Politik, die in die Bildung und Wachstum investiert, um noch höhere Ausgaben in Reparaturfolgekosten einer verfehlten Sparpolitik zu beseitigen. Diesen Kurs wollen wir fortsetzen, denn wir haben im ersten Jahr mit der neuen Landesregierung unter Beweis gestellt,

dass wir unser Land besser gestalten können.“

**„Versprochen!
... und Wort gehalten“**



**„14 Neue gehen an den Start!“
Die Gemeinschaftsschule kommt**

Zu unserem Modellvorhaben Gemeinschaftsschule der neuen Landesregierung haben bereits über 80 NRW-Kommunen um Beratung für die Einrichtung neuer Gemeinschaftsschulen nachgesucht. Die rot-grüne Koalition hat in einer Aktuellen Stunde des Landtages noch einmal auf die Vorteile der Gemeinschaftsschule hingewiesen.

Jochen Ott: „Mit den insgesamt 14 neuen Gemeinschaftsschulen, die nun an den Start gehen, wird ein attraktives und wohnortnahes Schulangebot geschaffen, das möglichst lange alle Bildungsabschlüsse offen hält.“

Die Fortsetzung des Dialoges mit Schulen, Elternpflegergruppen und allen Interessierten im Rahmen des „**Runden Tisches Schule**“ soll weitere Hilfestellung bei der Gestaltung unserer Bildungslandschaft bieten.“



Jochen Ott leitet den „Runden Tisch Schule“

„Inklusion kommt!“

Bessere Integration behinderteter Schüler

Die neue Landesregierung hat die volle Integration behinderteter Schülerinnen und Schüler, die sogenannte Inklusion, beschlossen. Anfang 2009 hatte Deutschland bereits die Konvention der Vereinten Nationen, wonach Menschen nicht aufgrund von Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden dürfen, ratifiziert. Nachdem sich die schwarz-gelbe Vorgängerregierung nicht auf ein Umsetzungskonzept für NRW einigen konnte, startete die rot-grüne Koalition einen neuen Anlauf.

Jochen Ott: „Schritt für Schritt wird nun die Reform umgesetzt, damit behinderte und nichtbehinderte Schüler gemeinsam unterrichtet werden können.“

„U3 im Ausbau!“

Betreuung für Kinder unter 3 Jahren gewährleisten

Im Nachtragshaushalt wurden für den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren (U3) rd. 520 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt. Damit wird endlich Vorsorge dafür geleistet, den U3-Ausbau auf ein bundesweit vergleichbares Niveau zu bringen.

Frühkindliche Bildung und eine optimale Betreuung sind immens wichtig, um Kindern die besten Chancen für ihr weiteres Leben zu geben.

Jochen Ott. „Mit den von uns eingestellten Mitteln kann unter anderem der Ausbau der Kitas Höhenberger Straße 16 (Höhenberg), Europaring 59-61 (Neubrück) und Gernsheimer Straße 20 (Ostheim) begonnen werden. Insgesamt stellen wir alleine für

den Ausbau der Kitas notwendige 150 Mio. Euro zur Verfügung, welche die frühere CDU/FDP-Landesregierung nicht bereitgestellt hatte.“

„Endlich geschafft!“

Letztes Kindergartenjahr ab Mitte 2011 beitragsfrei

Das langfristige Ziel ist, die Kindergärten komplett kostenfrei zu gestalten. Außerdem soll durch mehr Personal die Situation in den Kindergärten verbessert werden. Dies sind einige der Maßnahmen, die im Rahmen der Generalüberholung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) umgesetzt werden sollen.



Jochen Ott: „Für das letzte Kindergartenjahr werden schon ab Mitte 2011 keine Beiträge mehr anfallen. Bei der Revision des KiBiz setzt die rot-grüne Landesregierung weiter auf eine breite Beteiligung auch der Eltern.“

„Schluss damit!“

Abschaffung der Studiengebühren in NRW 2011/2012

Die rot-grüne Landesregierung hat zum Wintersemester 2011/2012 die Studiengebühren abgeschafft. Ziel der Politik der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen ist die Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums sowie eine dauerhafte qualitative Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen.

Jochen Ott: „Mit der Abschaffung der Studiengebühren zum Oktober 2011 bei finanziellem Ausgleich für die Hochschulen wird ein zentrales Wahlversprechen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in NRW nun endlich umgesetzt.“

„Geld ist schon angekommen!“

Hilfe für die Kommunen

Das Land will die hoch verschuldeten Städten und Gemeinden in NRW finanziell unterstützen: Dies sind in einem ersten Schritt 300 Millionen Euro schon für 2011, was allerdings gerade mal die Kassenkredite deckt. Weiterhin setzen wir uns für eine Entlastung seitens des Bundes um 800 Millionen Euro ein, und langfristig soll durch einen „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ weitere Hilfestellung für arme Gemeinden gegeben werden.

Jochen Ott: „Die Gemeinden, die zurzeit mit einem Nothaushalt zurechtkommen müssen (das sind derzeit 137 von 396 Kommunen in NRW), sollen zusammen mit den Bezirksregierungen individuelle Lösungen für die Entschuldung entwickeln. Damit soll den Kommunen auch mehr Selbstverantwortung übertragen werden.“

„Eigentumsmissbrauch eindämmen!“

Heuschrecken begeben



Steigende Mieten, verwahrloste Wohnungen, ständige Eigentümerwechsel:

Unter anderem mit dem Verkauf von Wohnungspaketen an ausländische Finanzinvestoren ist der Wohnungsmarkt in NRW zum Sorgenkind von Land und Kommunen geworden. Häufig wohnen in den von Investoren erworbenen Wohnkomplexen Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger, für deren Miete der Staat aufkommt.

Jochen Ott: „Politik und Kommunen benötigen Partnerschaften z. B. mit Wohnungsunternehmen, die sich langfristig für ihre Immobilien engagieren und hierin investieren.“

Die vom Landtag eingesetzte **Enquete-Kommission** „Wohnungswirtschaftlicher Wandel und neue Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten“ mit Jochen Ott hat darüber hinaus bereits im Februar ihre Arbeit aufgenommen. Deren größte Herausforderung wird es sein, sog. „Exit-Strategien“ zu entwickeln, die die ausländischen Investoren zum Ausstieg aus dem deutschen Wohnungsmarkt bewegen, ohne dass dabei staatliche Gelder eine Rolle spielen und die Vernachlässigungsstrategie der sog. Heuschrecken sogar noch belohnen. Der Deutsche Mieterbund NRW wird an dieser Stelle regelmäßig rund um das Thema „Heuschrecken in NRW“ berichten und Informationen zur Verfügung stellen.

„Druck auf Bund erhöht!“

Bundesregierung bricht Vertrag mit NRW und der Bahn

2005 kam es zu einer Vereinbarung der Bundesregierung und NRW mit der Deutschen Bahn über die Errichtung einer Frachtlinie zwischen der niederländischen Grenze und Duisburg (Verlängerung der so genannten Betuwe-Linie). Im Sinne der Förderung des Schienenverkehrs ist dies von besonderer Bedeutung für das Land

NRW. Die Entscheidung der Bundesregierung gegen die bestehenden vertraglichen Vereinbarungen mit dem Land NRW und der DB AG ist ein verkehrspolitischer Skandal sondergleichen. Statt dem vereinbarten Ausbau dieses wichtigen Schienenweges von europäischem Rang von zwei auf drei Gleise mit wirksamem Lärmschutz für die Anwohnerinnen und Anwohner, kommt eine Verkehrsverdichtung durch immer mehr Züge ohne Lärmschutz.

Jochen Ott: „Das ist verkehrspolitisch, wirtschaftlich und ökologisch falsch. Hier wird Klientelpolitik für Süddeutschland gemacht. Denn lieber versenkt man Milliarden Euros in umstrittene Verkehrsprojekte wie Stuttgart 21, als die bestehenden Verkehrsengpässe in NRW, wie etwa dem Verkehrsknoten Köln mit dem dringend erforderlichen Ausbau des Kölner Hauptbahnhofs zu beseitigen.“

„Anfrage bei EU-Kommission!“ Nachtflugverbot für Passagierflüge

Die Landesregierung wird an den Plänen für ein Nachtflugverbot für Passagierflüge festhalten. Die Aufgabe der Politik ist es, einerseits eine rechtlich gesicherte Basis einer europäischen Regelung und andererseits einen Interessenausgleich zwischen Lärmschutz und Sicherung des Wirtschaftsstandortes zu schaffen.



Flughafenchef Michael Garvens, Jochen Ott und NRW-Minister Voigtsberger

Jochen Ott: „Das Verbot für Passagierflüge ist keine wirkliche Lösung des Problems, weil es sich rechtlich schwer durchsetzen lässt.“

Ich habe auch wiederholt betont, dass ich persönlich gegen die Luftverkehrsabgabe in dieser Form bin. Denn wir brauchen beim Thema Nachtflugverbot und Luftverkehrsabgabe schnelle europäische Initiativen.

Wir brauchen jetzt alle Leute an einem Tisch, und wir müssen dafür sorgen, dass insbesondere im Nachtflugbereich die dicken lauten Brummer vom Himmel kommen und stattdessen neue, modernere Maschinen starten, die eben nicht mehr so laut sind. Mit einer Anfrage bei der EU-Kommission wollen wir ebenso wissen, ob und wann europaweite Rahmenbedingungen für Passagiernachtflüge beabsichtigt oder bereits geplant sind ...“.

„Die Bagger rollen bald!“ Entwicklung Porzity

Die Entwicklung des Kernbereiches der Porzer Innenstadt um das ehemalige Hertie-Kaufhaus wurde in mehreren öffentlichen Veranstaltungen mit Standaktionen in der Porzer Fußgängerzone wiederholt thematisiert.



OB Jürgen Roters: „Porzity ist Chefsache“

Die Verärgerung über den englischen Finanzinvestor, der noch immer nicht dem vorliegenden Kaufangebot der neuen Investoren zugestimmt hat, stand dabei im Mittelpunkt.

In gemeinsamen Gesprächen zwischen OB Jürgen Roters und den Vertretern der Interessengemeinschaft Porzer Innenstadt (IGS) wurden Ansätze für weitere Initiativen zur schnellen Umsetzung des bereits beschlossenen Porzer Innenstadtkonzeptes erörtert.



Es wurden Folgeveranstaltungen und Abstimmungen vereinbart, die Roters „zur Chefsache“ gemacht hat.

So zeigten sich die Vertreter des ISG-Vorstandes zufrieden, und die vielen Standbesucher fanden es durchweg „gut, dass sich eine Partei nicht nur im Wahlkampf präsentiert, sondern auch nach der Wahl Rede und Antwort steht ...“.

„Bald auf der Schiene!“

Verlängerung der Linie 7

Die seit Jahrzehnten geforderte Umgehungsstraße Zündorf wurde im Landesstraßen-Bedarfsplan NRW unter der **schwarz-gelben** Regierung Jürgen Rüttgers vom früheren Landesverkehrsminister Lienenkämper nach einem Besichtigungsbesuch der Ortsumgehungspunkte mit dem damaligen Landtagsabgeordneten Jürgen Hollstein gestrichen, was einer

Beerdigung der Ortsumgehung durch die CDU gleichkommt.



Jochen Ott im Bürgergespräch vor Ort

Jochen Ott: „Folgerichtig ist die Porzer Stadtbezirkskonferenz der Empfehlung gefolgt, eine zeitnahe, realistische Verkehrsentslastung durch Priorisierung des ÖPNV-Angebotes in Form der längst überfälligen Verlängerung der Linie 7 jetzt konsequent zu verfolgen und die Umsetzung in die Wege zu leiten.“

Gleichzeitig sollen verkehrliche Planungen zur einer Entlastung gemeinsam mit den zuständigen Stellen in Rat und Verwaltung geprüft werden.“

„Herzlich Willkommen in Düsseldorf“

Gefragte Landtagsfahrten



Mit jeweils rund 50 Mitfahrern/innen waren die bisherigen Landtagsbesuche sehr gut nachgefragt.

Nach dem Empfang im Landtag mit Willkommensgruß und Händeschütteln steht ein fachkundiger Vortrag der Landtagsverwaltung "Rund um den NRW-Landtag", leckeres Frühstück,

Besuch einer Sitzung auf der Tribüne des Plenarsaales und eine anschließende Diskussionsrunde mit MdL Jochen Ott auf dem Programm.

Jochen Ott: „Ich freue mich über jeden Gastbesuch in Düsseldorf. Wer Interesse hat, bei einem der vier möglichen Besuchstermine teilzunehmen, kann sich per eMail an das Porzer Bürgerbüro unter

buergerbuero-porz@web.de

oder telefonisch bzw. persönlich direkt dort anmelden.“

UB-Parteitag:

Jochen Ott wiedergewählt!



Eindrucksvolle Wiederwahl: 83 % für SPD-Chef Ott

Auf dem ordentlichen **SPD-Unterbezirksparteitag** am 19.03.2011 wurde **Jochen Ott** mit über 83 Prozent der rd. 280 Delegiertenstimmen klar als Parteichef wiedergewählt.

280 Delegierte aus den 45 Ortsvereinen und der Vorstand der KölnSPD trafen sich um 10 Uhr im Bürgerzentrum Chorweiler, wo Oberbürgermeister Jürgen Roters mit seiner Begrüßungsansprache das tagesfüllende Wahl- und Antragsberatungsprogramm pünktlich eröffnete.

Im Vordergrund des Parteitages stand die Neuwahl des Vorstandes, das Leitungsgremiums der KölnSPD.

Parteichef Jochen Ott, seit 10 Jahren im Amt („Weniger Haare, mehr Bauch und drei Töchter“), wurde ohne Gegenkandidatur auf einstimmige Empfehlung des Vorstandes mit beeindruckenden **83 Prozent** der abgegebenen Delegiertenstimmen als UB-Vorsitzender bestätigt. Insgesamt werden dem neuen 21-köpfigen Vorstand erstmals mehr Frauen (11) als Männer (10) angehören.

Als Otts Stellvertreter wurden **Gabriele Hammelrath** und **Bernd Schößler** ebenfalls wiedergewählt.

Für den Gewerkschafter **Markus Gluch** rückt die langjährige Juso-Vorsitzende **Tine Hördum** in das Kölner SPD-Leitungsgremium nach. Der Schatzmeister der KölnSPD **Alfred Schultz**, der in schwieriger Zeit die Finanzen der KölnSPD stabilisiert hat, ging von Bord und kandidierte nicht mehr. Sein Nachfolger wurde der Finanzexperte **Phillip Erdle**. Als Schriftführerin wurde Waltraud Blümcke gewählt.

Als neuer Beisitzer wird unter anderem der DGB Vorsitzende **Andreas Kossiski** die politische Arbeit der KölnSPD beleben.

Neben der Wahl der Delegationen zu überörtlichen Gremien widmete sich der Parteitag den über **60 Anträgen** zu zahlreichen Politikfeldern aus den Gliederungen der SPD.



Neben der neuerlichen Forderung nach einem Atomausstieg („Technologie ist unbeherrschbar“) wurde u. a. beschlossen, die **Allianz gegen die Sonntagsöffnung** zu unterstützen. Damit wurde auf Antrag des **Porzer Ortsvereins Köln36 Wahn, Wahnheide, Lind, Libur** im Verbund mit Forderungen von Spitzenvertretern aus Gewerkschaften und Kirchen sowie deren Verbände die **Kölner Allianz für den freien Sonntag** besiegelt.

Der Porzer Bezirksfraktionsvorsitzende **Christian Joisten**, der gleichfalls als Beisitzer des UB-Vorstandes mit dem **zweitbesten** Stimmresultat bestätigt wurde, hatte den Antrag seines Ortsvereines vorgestellt und begründet.

Die Landesregierung sowie Kölns Politiker werden aufgefordert, den **arbeitsfreien Sonntag** wieder zur Regel zu machen.



Parteichef Jochen Ott: „Die KölnSPD ist eine lebendige Partei. Wir sind DIE Großstadt-Volkspartei in Köln, deren Politik das Ziel verfolgt, die Menschen mit zu nehmen mit ihre Sorgen, mit ihren Hoffnungen und ihren Ideen.“

Die Delegierten folgten der Vorstandsempfehlung und leiteten ein Antragsbündel zur Strukturdebatte weiter: Auf einem Sonderparteitag im September soll unter anderem diskutiert werden, wie sich die Partei weiter öffnen kann.

Zum Brennpunkt „Libyen“ stand die Position von MdB Rolf Mützenich im Mittelpunkt der Diskussion, der zur Frage Stellung nahm, ob die Weltgemeinschaft den verzweifelten Aufständischen gegen das Regime des Libyschen Diktators Gaddafi nur Solidaritätsadressen zukommen lassen soll oder aber auch militärische Hilfe.

Wie sich Deutschland in dieser Debatte verhält, hatte Rolf Mützenich im Bundestag kommentiert. Er erhielt vom Parteitag nach einer sehr engagierten Rede minutenlangen Beifall der Delegierten. In seiner Rede hat er es als Fehler bezeichnet, sich von den Zwischenrufen im Bundestag provozieren zu lassen, er aber zu seiner Position stehe, auch wenn sie vom Fraktionsvorsitzenden in diesem Fall nicht voll geteilt wird.

Spiegel Online titelt zur Debatte heute "Die Jeinsager-Koalition":

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,751812,00.html>

Bemerkenswert ist vor allem, wenn allein die Linke im Block den Westerwelle-Kurs unterstützt, die übrigen Parteien in dieser Gewissensfrage gespalten sind, und Mützenich als außenpolitischer Experte der SPD-Fraktion die Scheinheiligkeit der Westerwelleschen Außenpolitik klar brandmarkt.

Ein Video der von vielen Zwischenrufen unterbrochenen Rede Mützenichs und die Stellungnahmen der übrigen Fraktionen ist im Internet unter diesem Link verfügbar:

<http://bit.ly/f36Sk>

Im Beisein des Alt-Oberbürgermeisters Norbert Burger wurde erstmals der **„Burger-Preis“** für innovative Ortsvereinsleistungen vergeben an die Genossinnen und Genossen in Ehrenfeld

(1.), Mechenich (2.) und Lindenthal (3. Platz).

Einladung zum Frühlingsempfang am 25.03.2011 im Porzer Bürgerbüro:

Für Sie da: Bürgerbüro Porz



Ehemalige und aktuelle Bundes- und Landtagsabgeordnete bei der Feierstunde: Volkmar Schultz (v.l.), Martin Dörmann, Jochen Ott und Friedhelm Lenz. (Foto: Denzer)

Bei unserem gemeinsamen Frühlingsempfang im Porzer SPD-Bürgerbüro werden die Wahlkreisbüros des Bundestagsabgeordneten **Martin Dörmann** und des Landtagsabgeordneten **Jochen Ott** am 25.03.2011 ab 16.30 Uhr nochmals einer breiten Öffentlichkeit bei Teilnahme des Kölner DGB-Vorsitzenden **Andreas Kossiski**, zahlreichen **Politikern aus Rat**

und Bezirksvertretung sowie den Wahlkreismitarbeiter/innen präsentiert. Der Frühlingsempfang findet im Rahmen einer Vernissage mit Gemälden in Öl und Acryl des Porzer **Künstlers Sollich** statt.

Das **SPD-Bürgerbüro** wird als gemeinsames Wahlkreisbüro mit erweiterten Angeboten und freut sich über die Besuche und steigenden Anfragen aus der Porzer Bürgerschaft.

Bei dieser Gelegenheit wird auch das aktuelle **Tour-Programm 2011 von Jochen Ott** der Öffentlichkeit und Presse vorgestellt:

Das Porzer SPD-Bürgerbüro lädt alle Interessierten zur Teilnahme bei Wahlkreiswanderungen, Besichtigungen, Familienausflügen, Ausstellungen und vielen anderen Aktionen ein (siehe Anhang).

V.i.S.d.P:

Redaktion Bürgerbüro MdL Jochen Ott.
Alle Fotos ohne andere Quellenangabe von Karl-Heinz Tillmann, J. Ott-Team 2011.

Auf Tour mit **Jochen Ott**

Veranstaltungskalender 2011

Datum	Uhrzeit	Veranstaltung
Freitag 25. März	16:30 - 18:30	Frühlingsempfang im Bürgerbüro Porz mit Kunstaussstellung
Dienstag 05. April	09.00 – 11:00	„ Kinder basteln Ostern “ in der Porzer Caritas-Kindertagesstätte Elisabethstr. 17 in Wahnheide mit Ausstellung im Bürgerbüro Porz
Sonntag 08. Mai	14:00 - 16:00	Ponyreiten an der Groov
Donnerstag 19. Mai	10:15 - 13:30	Landtagsfahrt nach Düsseldorf mit Besuch Plenumssitzung
Samstag 28. Mai	14:00 - 19:00	Familien-Picknick auf Gut Leidenhausen mit Spanferkelessen und gemütlichem Abend (Besichtigung Greifvogelstation/Waldschule)
Donnerstag 16. Juni	11:00 – 13:00	Landtagsfahrt nach Düsseldorf mit Eltern- und Kitagruppe Hunoldstraße, Wahnheide
Donnerstag 30. Juni	09:45 - 13:00	Landtagsfahrt nach Düsseldorf mit Besuch Plenumssitzung
So./Mo. 24./25. Juli	10:00 - 18:00	Wahlkreiswanderungen von Rath/Heumar bis Porz
Donnerstag 28. Juli	12:00 - 15:00	„ Kochen mit Jochen “ mit Kindern vom Bauspielplatz Senkelsgraben in Wahnheide, Gernotstr. 10
Samstag 10. Sept.	10:00 - 18:00	Familienausflug Erlebnispark Zoom Gelsenkirchen
Donnerstag 29. Sept.	10:00 – 13:15	Landtagsfahrt nach Düsseldorf mit Besuch Plenumssitzung
Freitag 07. Okt.	21:00 - 00:30	Nachtbesichtigung Logistikzentrum Flughafen Köln/Bonn
Donnerstag 20. Okt.	10:00 – 13:15	Landtagsfahrt nach Düsseldorf mit Besuch Plenumssitzung
Freitag 18. Nov.		Bundesweiter Vorlesetag in einer Porzer Kindertagesstätte
Montag 28. Nov.	11:00 – 14:00	„ Kinder malen Weihnachten “ mit Bilderausstellung im Bürgerbüro Porz

Änderung vorbehalten. **Anmeldungen** bitte an buergerbueero-porz@web.de oder Marion Tillmann unter Telefon 02203-951359, Fax 02203-51044.

Mehr Infos unter www.jochen-ott.de

Büroteam Wahlkreisbüros MdL Jochen Ott

Bürgerbüro Porz:



Marion und Karl-Heinz Tillmann

Hauptstr. 327, 51143 Köln, Tel. 02203-951359, Fax 02203-51044.

Öffnungszeiten: Montag – Freitag von 10 – 14 Uhr.

eMail: buengerbuero-porz@web.de

Landtagsbüro Düsseldorf:



Stefanie Kempf und Selina Mederlet

Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Tel. 0211-8842323, Fax 0211-884 3215.

eMail: stefanie.kempf@landtag.nrw.de und selina.mederlet@landtag.nrw.de

Gemeinsames Wahlkreisbüro MdLs:



Tine Hör dum

Magnusstr. 18b, 50672 Köln, Tel. 0221-99559974, Fax 0221-99559976.

Öffnungszeiten: Dienstag 9-17, Mittwoch 13-18, Donnerstag 12-18, Freitag 9-13 Uhr.

eMail: tine.hoerdum@landtag.nrw.de

Alle Infos und Beiträge finden Sie auch im Internet unter

www.jochen-ott.de

